

Von der <kleinen Aussenpolitik> zur <Regio- Innenpolitik>

Autor(en): Eric Jakob, Manuel Friesecke

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 2004

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/e6740381-fe3d-4cda-badf-1209acdddba6>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Von der «kleinen Aussenpolitik» zur «Regio-Innenpolitik»

Eric Jakob
Manuel Friesecke

Basler Grenzfragen im Spannungsfeld zwischen Nachbarstreitigkeiten und neuen Freiheiten im Rahmen der Bilateralen Abkommen I und II

Die grenzüberschreitenden Verflechtungen im trinationalen Raum rund um Basel nehmen laufend an Bedeutung zu. Dies wurde im Jahr 2004 nicht zuletzt anhand von grösseren und kleineren grenzüberschreitenden Konflikten zwischen den Nachbarn am Oberrhein deutlich. Eine «Regio-Innenpolitik» muss zunehmend an die Stelle der bisher gepflegten «kleinen Aussenpolitik» treten.

Wieder stärker ins Bewusstsein gerückt: die Landesgrenze.



«An der Grenze der Geduld» oder «Bewährungsproben für die Regio» titelten Zeitungen im März 2004 mit Bezugnahme auf die Häufung grenzüberschreitender Probleme zwischen Deutschland und der Schweiz. Angeführt wurden dabei beispielsweise die folgenden Konfliktpunkte:

- Schienen-Bypass: Güterzüge sollen gemäss Planungen der nationalen Bahngesellschaften den Schienen-Engpass Basel in Zukunft vermehrt über den deutschen Hochrhein umfahren. Angesichts der prognostizierten Zunahme des europäischen Güterverkehrs auf der Schiene werden massive zusätzliche Lärmbelästigungen in den betroffenen Gemeinden erwartet.
- Grenzkontrollen: Anfang März verschärft der deutsche Bundesgrenzschutz ohne Vorankündigung die Personenkontrollen an der Grenze zur Schweiz, was zu kilometerlangen Staus führt. Die Massnahme wird mit Vorgaben des Schengen-Abkommens und der im Mai 2004 anstehenden EU-Osterweiterung begründet.
- Zollfreistrasse: Der nahende Beginn des Baus der Zollfrei-

strasse zwischen Weil am Rhein und Lörrach über Schweizer Gebiet – 1977 zwischen Deutschland und der Schweiz vertraglich vereinbart – führt zu ökologisch motivierten Protesten in der Bevölkerung und einem politischen und rechtlichen Hick-hack zwischen den Behörden in Deutschland und der Schweiz.

Weitere deutsch-schweizerische Konfliktpunkte waren: die Luftverkehrsstreitigkeiten um die Anflüge auf Kloten, die Steuerflucht von Deutschland in die Schweiz, der vermehrte Landkauf von Schweizer Bauern in Süddeutschland, die Planung eines Atom-Endlagers in Benken im Zürcher Weinland nahe der deutschen Grenze, die Diskussion um Betriebsbewilligungen für Schweizer Banken in Deutschland, die ins Auge gefassten EU-Zölle auf Re-Exporten und weitere Probleme im Zusammenhang mit den Bilateralen II (Schenken, Zinsbesteuerung). Im Verhältnis zu Frankreich kam dann noch die umstrittene Informationspolitik des störungsanfälligen AKWs im elsässischen Fessenheim hinzu.

Retourkutschen und Drohgebärden?

Angesichts dieser Häufung grenzüberschreitender Probleme war es nachvollziehbar, dass in den Medien und anderswo wilde Spekulationen über Hintergründe und versteckte Zusammenhänge angestellt wurden und das Ende der partnerschaftlichen Kooperation am Oberrhein heraufbeschworen wurde. Die verschärften Grenzkontrollen als Retourkutsche für die Basler Zurückhaltung bei der Zollfreistrasse? Erschwernisse für Schweizer Banken als Drohgebärde im Hinblick auf die Bilateralen II? Doch nichts dergleichen hielt einer seriösen Prüfung stand! Allein die obige Aufzählung macht deutlich, dass die genannten Problemfelder unterschiedlicher nicht sein könnten und teilweise regionalen, teilweise aber auch nationalen oder europäischen Charakter hatten.

Vor allem zeigte sich aber bei einigen Konfliktpunkten, dass die unterschiedlichen Meinungen und Interessen nicht einfach den nationalen Lagern zugeordnet werden konnten. Bezüglich Schienen-

Bypass hat die gesamte Dreiländerregion ein vitales Interesse daran, den zunehmenden europäischen Güterverkehr lärm- und umweltverträglich zu bewältigen; alle drei Seiten forderten die Mitsprache der regionalen Politik in den Planungsgremien der Bahnen, was inzwischen auch der Fall ist. Bei den verschärften Grenzkontrollen des deutschen Bundesgrenzschutzes – nach wenigen Wochen wieder auf ein erträgliches Mass reduziert – waren nicht nur die ausreisenden Schweizer, sondern vor allem auch die rund 32 000 deutschen Grenzgängerinnen und Grenzgänger zwischen Basel und Konstanz, der Einzelhandel, die Gastronomie und die KMU-Wirtschaft in Südbaden negativ betroffen. Bei der Zollfreistrasse gab und gibt es auf beiden Seiten der Grenze Befürworter und Gegner.

Nationale Scharfmachereien bringen nichts!

Die Gründe für die Häufung grenzüberschreitender Probleme sind also eher in einer zunehmenden Verflechtung unserer Region und nicht in einem Auseinanderdriften der Partner zu suchen. Nationale Scharfmachereien bringen hier gar nichts, ja, sie sind völlig kontraproduktiv, zumal der Ursprung von Grenzproblemen nicht selten in den nationalen Zentren zu suchen ist. Allerdings sollte auch «Vertragstreue» als Grundregel grenzüberschreitenden Handelns so selbstverständlich sein wie höfliche Umgangsformen.

Die grenzüberschreitenden Verflechtungen in unserer Region werden auch in Zukunft weiter zunehmen. Somit ist zukünftig wohl eher mit mehr als mit weniger Streit und Grenzproblemen zu rechnen. Dass die Schweiz dabei europapolitisch im Abseits steht und institutionell kaum in die immer wichtiger werdenden EU-Gremien und -Plattformen eingebunden ist, ist für die entsprechenden Lösungsfindungen sicher nicht förderlich.

Bilaterale I und EU-Osterweiterung

Gerade im Jahr 2004 wurden im Verhältnis zwischen der EU und der Schweiz wichtige Schritte realisiert und Weichen gestellt, die das wirtschaftliche und soziale Zusammenwachsen unserer Dreiländer-Region noch weiter vorantreiben werden.

Dazu gehört die am 1. Juni 2004 in Kraft getretene zweite Etappe der Umsetzung des Personenfreizügigkeitsabkommens aus dem ersten bilateralen Vertragspaket. Schweizerinnen und Schweizer haben seit diesem Datum freien Zugang zum Arbeitsmarkt der fünfzehn «alten» EU-Länder. Umgekehrt gilt in der Schweiz für die Beschäftigung von Arbeitskräften aus der EU kein Inländervorrang mehr. Die systematische Kontrolle der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Behörden weicht einer einfachen Meldepflicht (via www.imes.admin.ch), wobei Lohn- und Sozialdumping durch die so genannten flankierenden Massnahmen verhindert werden sollen. Damit sind auch EU-Grenzgänger auf dem Basler und Baselbieter Arbeitsmarkt den Schweizern gleichgestellt. Zudem sind Kurzeinsätze in der Schweiz von bis zu 90 Tagen pro Kalenderjahr durch Mitarbeiter einer EU-Firma oder durch Selbständige aus dem EU-Raum nicht mehr bewilligungs-, sondern nur noch meldepflichtig.

Mit der EU-Osterweiterung im Mai 2004 hat sich für die Schweiz auch die Frage nach einer Ausweitung des bisherigen Personenfreizügigkeitsabkommens gestellt. Gemäss ausgehandeltem Zusatzprotokoll laufen die Übergangsfristen bis zur effektiven Einführung des freien Personenverkehrs mit den zehn neuen EU-Ländern bis 2011.

Positive Impulse durch die Bilateralen II

Mit den Bilateralen Abkommen II zwischen der EU und der Schweiz, welche im Mai 2004 abgeschlossen werden konnten, werden weitere wichtige wirtschaftliche und politische Interessen beider Vertragsparteien abgedeckt. Das Vertragswerk umfasst folgende neun Dossiers: Schengen/Dublin, Zinsbesteuerung, Betrugsbekämpfung, Verarbeitete Landwirtschaftsprodukte, Beteiligung an der Europäischen Umweltagentur, Statistik-Zusammenarbeit, Beteiligung an Media-Programmen, Beteiligung an Bildungs-Programmen sowie

Dass die Schweiz eine «Schengenaussgrenze» bildet, wurde jedermann schlagartig bewusst, als der deutsche Bundesgrenzschutz die Personenkontrollen verschärfte.



Vermeidung der Doppelbesteuerung von Ruhegehältern.

Am wichtigsten für den Lebens- und Wirtschaftsraum Basel ist wohl das Abkommen zu Schengen/Dublin. Das Schengener Abkommen, über das voraussichtlich Mitte 2005 abgestimmt wird, fördert den freien Personenverkehr durch eine grundsätzliche Aufhebung der Personenkontrollen in Verbindung mit einer verstärkten Justiz- und Polizeizusammenarbeit. Grenzüberschreitende Verbrechen können mit Schengen grenzüberschreitend bekämpft werden. Verschärfte Personenkontrollen wie im März 2004 wären nicht mehr möglich (wohl aber noch Warenkontrollen, da keine Zollunion zwischen der EU und der Schweiz besteht) – ein Vorteil für unseren grenzüberschreitenden Lebens- und Wirtschaftsraum. Auch der Schweizer Tourismus wird von Schengen profitieren, da Touristen aus Wachstumsmärkten wie China und Indien neben dem Schengen-Visum kein Zweitvisum für die Schweiz mehr brauchen werden. Durch das Dublin-Abkommen wird eine koordinierte Asylpolitik ermöglicht und das Schweizer Asylwesen entlastet: Ein Zweitgesuch in der Schweiz nach abgelehntem EU-Gesuch ist ausgeschlossen. Ferner ist für den Finanzplatz Schweiz beziehungsweise Basel wichtig, dass im Schengen wie auch im Zinsbesteuerungs-Dossier das Bankkundengeheimnis dauerhaft gesichert werden konnte. Weitere positive Impulse sind für die Schweizer Nahrungsmittelindustrie durch neue Freizügigkeiten bei den verarbeiteten Landwirtschaftsprodukten zu erwarten. Die Zusammenarbeit bei den Themen Umwelt, Statistik, Medien sowie Bildung «normalisiert» zudem die Verhältnisse zwischen der EU und der Schweiz in diesen wichtigen Bereichen.

Mehr Konzentration auf gemeinsame Interessen

Stellen wir uns darauf ein, mit unseren europäischen Nachbarn in Zukunft noch mehr Berührungspunkte – und damit auch Reibungsflächen – zu haben. Arbeiten wir daran, dass die nachbarschaftlich-grenzüberschreitende Regio-Zusammenarbeit, die immer wieder als «kleine Aussenpolitik»

bezeichnet wird, noch mehr zur «Regio-Innenpolitik» wird. Die Vertretung nationaler Interessen «im Kleinen» kann einer Grenzregion auf Dauer nicht bekommen – wohl aber die Definition und Umsetzung gemeinsamer regionaler Interessen sowie deren Verteidigung in den Hauptstädten und in Brüssel.

Literatur

Die Texte der Bilateralen Abkommen sind einzusehen auf www.europa.admin.ch/index.htm.